

Das Wochenmagazin der SPÖ

spoe.at
Gastkommentar von Wolfgang
Petritsch zu Bruno Kreisky

SPÖ

Aktuelle

21. Jänner 2011 • Nr. 2 • 0,73 €

SPÖ will Freiwilligenheer

- Gleiche Kosten
- Gleiche Leistung
- Kein Zwang



SPÖ

Marcin Kotlowski

Die SPÖ-Kommunikation hat einen neuen Chef: Marcin Kotlowski, bisher Sprecher von Staatssekretär Josef Ostermayer. Kotlowski sammelte erste Medienerfahrung im Echo-Medienhaus, wo er Geschäftsführer einer von ihm aufgebauten Abteilung für Digitale Kommunikation und Internet wurde. 2007 wechselte er zum damaligen Verkehrsminister Werner Faymann und war für den Fachbereich Technologie und Internet zuständig, später war er dann auch Pressesprecher für diesen Bereich. 2008 wurde er Sprecher von Staatssekretär Josef Ostermayer.

Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Ausgabe ist das Bundesheer. Verteidigungsminister Norbert Darabos hat sieben Modelle für die künftige Organisation unseres Heeres vorgelegt. Aus Sicht der SPÖ hat sich bereits ein klarer Favorit herauskristallisiert: ein Freiwilligenheer.

Eure Redaktion

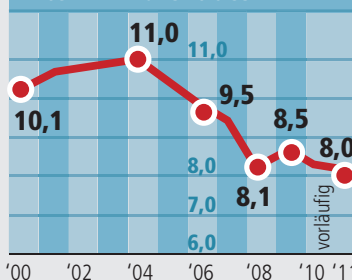
Highlights der Woche

Bundesheer	4
Interview mit Verteidigungsminister Norbert Darabos	5
Gleichbehandlungsgesetz	6
Start der Kreisky-Serie	10
Gastkommentar von Wolfgang Petritsch zu Bruno Kreisky	14

THEMEN DER WOCHE

Schattenwirtschaft in Österreich

Anteil in Prozent des BIP



Quelle: APA/Uni Linz, Prof. Dr. F. Schneider | Grafik: SPÖ

Schwarzarbeit geht zurück

Die von der SPÖ-geführten Bundesregierung Ende 2009 umgesetzten härteren Maßnahmen im Kampf gegen Schwarzarbeit haben zu einem weiteren Rückgang der Schattenwirtschaft in Österreich geführt. Die Schwarzarbeit sank von 8,5 Prozent im Jahr 2009 bis Anfang 2011 auf acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Auch im Jahr 2011 verstärkt die österreichische Regierung ihren Kampf gegen die illegale Beschäftigung, es wird strengere Vorschriften und härtere Strafen bei illegaler Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern geben. ♦

Zitat der Woche

„Es ist unsere Aufgabe, daran zu arbeiten, dass wir auch in zehn Jahren das Land mit der höchsten Beschäftigung und der geringsten Arbeitslosigkeit in Europa sind.“

Bundeschkanzler Werner Faymann beim Neujahrsempfang



Begsteiger

Die gesündere Wahl soll die leichtere sein – der NAP.e unterstützt bei einer gesunden Lebensweise.

Gesundes Essen leicht gemacht

Der Nationale Aktionsplan Ernährung (NAP.e) steht 2011 ganz im Zeichen der Jungen. Die Ernährung von Säuglingen, Kindern, Schwangeren und Stillenden hat großen Einfluss auf die weiteren Lebens- und Ernährungsgewohnheiten junger Menschen. Aus diesem Grund und weil Kinder und Jugendliche besonders von Übergewicht betroffen sind, wird bereits hier angesetzt. Mit den über 100 Maßnahmen des NAP.e will Gesundheitsminister Alois Stöger den Zugang zu gesundem Essen erleichtern – wie z.B. beim Kantinenessen, das immer mehr an Bedeutung gewinnt. „Erstmals gibt es in Österreich eine koordinierte Vorgangsweise zum Thema Ernährung“, so Stöger. Übergewicht und damit zusammenhängende Erkrankungen nehmen immer weiter zu. Der NAP.e soll dem entgegenwirken und das Essverhalten der Österreicher verbessern. ♦

EU-Beitritt zu EMRK steht bevor

Für das Handeln der Union werden dann exakt dieselben Standards gelten wie für die Mitgliedstaaten.

Die EU wird durch den Beitritt zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) ihre internationale Vorreiterrolle im Bereich der Menschenrechte ausbauen. „Mit dem Beitritt der EU gewährleisten wir auf allen politischen Ebenen einen umfassenden Menschenrechtsstandard“, so die SPÖ-EU-Sprecherin Christine Muttonen. ♦

SPÖ-EU-Sprecherin Christine Muttonen ist erfreut über den bevorstehenden Beitritt der EU zur EMRK.



Schneflik

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Bundesheer,
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro



STANDPUNKT

Reformen im Interesse des Landes

„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gewisse Umstände so und nicht anders sind, aber das bedeutet noch lange nicht, dass wir bereit sein müssen, sie als unumstößliche Tatsachen hinzunehmen. Ich bin in der Politik immer für eine positive Änderung der Verhältnisse eingetreten und werde bis zum letzten Augenblick dafür kämpfen.“

(Bruno Kreisky. Erinnerungen. S. 479. Styria, Wien 2007)

„Umfragen zufolge sind zwei Drittel der Bevölkerung für Reformen beim Bundesheer. Die Unterstützung unserer Pläne ist unter SPÖ-Anhängern noch weit höher, 80 Prozent befürworten sie.“

Dieses Zitat von Bruno Kreisky umreißt meiner Meinung nach, warum wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Politik machen: Um der Gestaltung der Gesellschaft willen, um Chancen zu schaffen. In der Ära Kreisky ging es um die Modernisierung und Demokratisierung des Lebens, um positive Veränderungen und Fortschritt. Unter Kreisky wurde die Wehrpflicht verkürzt, die AHS-Aufnahmeprüfung gestrichen, ein neues Sozialhilfe-System geschaffen, um nur einige wenige der vielen Reformen zu nennen. Damals wie heute ging es um ähnliche Themen. Um Veränderungen, Fortschritt und Modernisierung.

Gerade dieser Tage höre ich viele Anekdoten und Schilderungen über Bruno Kreisky. Kreisky war ganz sicher ein Politiker auf Augenhöhe, der immer bereit zum Dialog war, und der seine Sichtweisen nach eingehender Beschäftigung auch überdenken konnte. Er konnte sich neuen Anforderungen stellen und darauf neue Antworten finden. Er hatte keine Angst vor Veränderung. Ich bin überzeugt, dass dieser Anspruch an die Politik bis heute aktuell ist. Wie sieht es 2011 mit Reformen aus, mit Modernisierung, mit Veränderung?



„Neujahrsempfang von Kanzler und Vizekanzler: Es geht um Veränderungen, Fortschritt und Modernisierung.“

Noch im ersten Halbjahr sollen die entscheidenden Weichen für eine grundlegende Reform des Bundesheeres gestellt sein. Anfang dieser Woche präsentierte Verteidigungsminister Norbert Darabos sieben Modelle, wie ein zukünftiges Österreichisches Bundesheer aussehen könnte. Das von ihm favorisierte Modell ist ein Freiwilligenheer mit starker Milizkomponente.

Nun geht es darum, den Koalitionspartner in einer sachlichen Diskussion von dieser zukunftsfähigsten Variante zu überzeugen. Klar ist, dass die Zukunft des Heeres und eine damit verbundene Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht in möglichst breitem Konsens beschlossen werden muss.

Umfragen zufolge sind zwei Drittel der Bevölkerung für Reformen beim Bundesheer. Die Unterstützung unserer Pläne ist unter SPÖ-Anhängern noch weit höher, 80 Prozent befürworten sie. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass Sozialminister Rudolf Hundstorfer parallel zu den Heeres-

Reformen eine Lösung für die Zukunft des Zivildienstes erarbeitet hat. Mit dem Sozialjahr als Ersatz für die Zivildienstplicht haben wir ein zukunftsfähiges Modell für all jene wichtigen Aufgaben, die derzeit von den Zivildienern erledigt werden. Im Bildungsbereich hat der Koalitionspartner ja schon klare Signale gesetzt, alte Blockaden schrittweise lösen zu wollen. So hat sich die ÖVP in ihrem neuen Bildungsprogramm zum Ausbau der Neuen Mittelschule (NMS) bekannt und sich von der 10-Prozent-Klausel verabschiedet. Schon ab kommenden Schuljahr soll es 80 neue NMS-Standorte geben. Ein Reformschritt, der vor kurzem noch undenkbar schien.

Auch beim notwendigen Pflegefonds ist Reformwille dringend nötig. Soziale Sicherheit ist ein hohes Gut, das gesichert gehört. Der ständig steigende Pflegebedarf muss schon jetzt für die nächste Generation gewährleistet werden. Kanzler Faymann hat angekündigt, diesen Fonds zur Sicherung der Pflegeleistungen noch im ersten Halbjahr 2011 realisieren zu wollen.

Die Zeit Kreiskys ist mit der heutigen nicht vergleichbar. Nicht nur, weil die Mehrheitsverhältnisse anders aussehen, ist der Anspruch an die Politik ein anderer. Was aber gleich geblieben ist, ist der Wille zu klaren Positionen und zur Handlungsfähigkeit der Politik. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



LANDESVERTEIDIGUNG

Freiwilligenheer

Verteidigungsminister Norbert Darabos hat seine sieben Wehrsystem-Modelle präsentiert. Die klare Präferenz der SPÖ: Ein Freiwilligenheer soll sich künftig um Landesverteidigung und Katastrophenschutz kümmern.

„Unser Ziel ist eine zeitgemäße Regelung für das Bundesheer.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Viel wurde in den letzten Wochen und Monaten spekuliert – nun haben sich die Nebel gelichtet: Verteidigungsminister Norbert Darabos hat die mit Spannung erwarteten Modelle für die zukünftige Organisation des Österreichischen Bundesheeres präsentiert. Sie wurden auf seinen Wunsch vom Generalstab erarbeitet. Und die SPÖ hat sich bereits für ein Modell ausgesprochen: „Ein Freiwilligenheer bringt eine ausgewogene Mischung zwischen Zeit- und Berufssoldaten, Zivilbediensteten sowie Soldatinnen und Soldaten der Freiwilligenmiliz“, so Verteidigungsminister Darabos. Für ihn „ist das Freiwilligenheer das Modell der Zukunft“. Eine allgemeine Wehrpflicht würde bei der Einführung eines Freiwilligenheeres wegfallen – ein Zwangsdienst für mehrere tausend junge Männer wäre nicht mehr nötig. Was bei Bundeskanzler Werner Faymann auf Gegenliebe stößt. Die allgemeine



Bundesheer

Auch das neue Freiwilligenheer wird mindestens 10.000 Personen für den Katastrophenschutz bereitstellen können.

Wehrpflicht hält er für „nicht mehr zeitgemäß“. Der Unterstützung der Österreicherinnen und Österreicher können sich der Verteidigungsminister und der Bundeskanzler dabei sicher sein. Immerhin haben sich 60 Prozent der Teilnehmer einer aktuellen Gallup-Umfrage im Auftrag der Tageszeitung „Österreich“ für die Abschaffung der Wehrpflicht und ein Freiwilligenheer ausgesprochen.

Gleiche Leistung und Kosten, kein Zwang

Denjenigen, die die Kostenfrage stellen, sei gesagt: der Preis bleibt derselbe. Auch das neue Heer kommt mit rund 2,2 Milliarden Euro im Jahr aus. Dabei soll es freilich zu keiner Reduktion der Leistungen kommen. Das Bundesheer wird auch in seiner Freiwilligenvariante mindestens 10.000 Soldatinnen und Soldaten für den Katastrophenschutz und 1.000 Personen für inter-

ationale Friedenseinsätze bereitstellen können. Auch dem verfassungsmäßig geregelten Auftrag der Landesverteidigung wird selbstverständlich nachgekommen. Verteidigungsminister Darabos bringt es auf den Punkt: „Das Modell bedeutet: Gleiche Leistung und gleiche Kosten – aber ohne Zwang.“ Möglich ist das durch eine Aufwertung der Milizkomponente – durch Prämien und professionellere Ausbildung – und den verstärkten Einsatz von Zeitsoldaten. Letztere sollen künftig auch im Ausland zum Einsatz kommen und dafür ebenfalls einen finanziellen Anreiz erhalten. Auch SPÖ-Klubobmann Josef Cap befürwortet diese Variante. Für ihn ist sie am besten geeignet, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Gründlich vorbereitet

Den Weg zu dieser Entscheidung hat sich Minister Darabos nicht leicht gemacht. Ge-

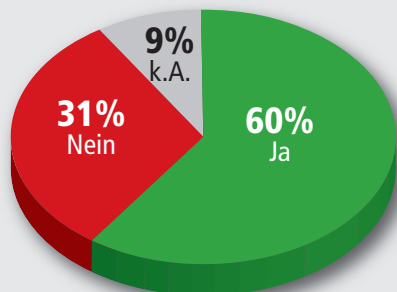


Bundesheer

Eine ausgewogene Mischung aus Berufs-, Zeit- und Milizsoldaten wird sich künftig um Landesverteidigung und Auslandseinsätze kümmern.

ist die Zukunft

Klare Mehrheit für ein Freiwilligenheer



Quelle: Gallup | Grafik: SPÖ

meinsam mit den zuständigen ÖVP-Ministern Fekter und Spindelegger wurde an einer neuen Sicherheitsstrategie für Österreich gearbeitet, aus der sich die künftigen Anforderungen an das österreichische Heer ableiten. Bei einer hochrangig besuchten internationalen Enquete wurden die Wehrsysteme verschiedener europäischer Staaten unter die Lupe genommen, um aus den Erfahrungen anderer Nationen zu lernen. Anschließend wurden im Verteidigungsministerium die sieben nun öffentlich gemachten Modelle „schonungslos durchdacht“ und auf eine Perspektive von zehn Jahren durchgerechnet.

Vom Zivildienst zum Sozialjahr

Ein oft gehörtes Argument gegen den Wegfall der Wehrpflicht ist das damit einhergehende Aus für den Zivildienst. Das will Bundeskanzler Faymann jedoch nicht gelten lassen: „Die Diskussion um die Wehrpflicht darf nicht in die Geiselhaft der Zivildienstfrage genommen werden.“ Sein Ziel ist eine zeitgemäße Regelung für beide Bereiche. Sozialminister Rudolf Hundstorfer arbeitet bereits an einer gangbaren Alternative – beispielsweise einem Sozialjahr mit fairer Entlohnung. Derzeit wird darüber verhandelt.

Der weitere Fahrplan

Nun sollen die Wehrsystem-Modelle ein halbes Jahr lang zur Debatte stehen. Auch mit dem Koalitionspartner ÖVP werden bereits erste Gespräche geführt. „Der

INTERVIEW

„Gleiche Leistung, gleiche Kosten, aber ohne Zwang“

Verteidigungsminister Norbert Darabos im „SPÖ Aktuell“-Interview über sein Heeres-Modell, den weiteren Fahrplan für die Heeres-Reform und das Jahr 1934.

„SPÖ Aktuell“: Herr Minister, Ihr bevorzugtes Modell für die Zukunft des Bundesheeres liegt auf dem Tisch, wie wird es jetzt mit der Reform weitergehen?



Verteidigungsminister Norbert Darabos stellt das Österreichische Bundesheer auf neue Beine.

Norbert Darabos: Ich habe Mitte Dezember der ÖVP meinen Entwurf zur Sicherheitsstrategie übermittelt und eben jetzt mein Zukunftsmodell des Heeres präsentiert. Wir werden nun in die politische Diskussion mit dem Koalitionspartner einsteigen und die weitere Vorgehensweise festlegen. Danach soll es Beratungen im Nationalen Sicherheitsrat und im Parlament geben. Und am Ende eines sachlichen Diskussionsprozesses soll in dieser wichtigen Frage auch die Bevölkerung eingebunden werden

Sie sind für die Abschaffung der Wehrpflicht. Kann das Österreichische Bundesheer ohne Grundwehrdiener alle seine Aufgaben verlässlich erfüllen?

Darabos: Selbstverständlich, und das zu 100 Prozent. Ausgangspunkt für die Erstellung der sieben Modelle war der gesetzliche Aufgabenumfang in der Bandbreite von Assistenzeneinsätzen, Katastrophenhilfe über Auslandseinsätze bis hin zur militärischen

„Das Österreichische Bundesheer ist ein wesentlicher Bestandteil und ein Hüter unserer Demokratie – und wird das auch Zukunft sein.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

Landesverteidigung. Mein Modell bedeutet: Gleiche Leistung, gleiche Kosten, aber ohne Zwang. Die jungen Menschen sollen von der Wehrpflicht befreit werden.

In der Sozialdemokratie hat es lange Vorbehalte gegenüber einem Berufsheer gegeben – aufgrund der historischen Erfahrungen, Stichwort „34er Jahr“.

Darabos: Natürlich, und die nehme gerade ich als Historiker sehr ernst. Aber bei dem von der SPÖ favorisierten Modell handelt es sich eben nicht um ein reines Berufsheer, sondern um ein Freiwilligenheer mit einer ganz starken Milizkomponente. Damit ist das Bundesheer auch weiterhin fest in der Gesellschaft verankert. Das Österreichische Bundesheer der Zweiten Republik ist ein wesentlicher Bestandteil und ein Hüter unserer Demokratie – und wird das auch in Zukunft sein. ♦

Verteidigungsminister hat alle Chancen, den Koalitionspartner von seinem bevorzugten Modell zu überzeugen“, zeigt sich der Bundeskanzler optimistisch. Am Ende der Debatte können sich sowohl Faymann als auch Darabos die Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidung über die

Zukunft des Bundesheeres vorstellen. Dass daran großes Interesse besteht, hat kürzlich eine Umfrage für das Nachrichtenmagazin „profil“ gezeigt: 75 Prozent der Befragten bestätigten, dass sie an einer Volksbefragung zum Thema teilnehmen würden. ♦

FRAUEN

Riesenschritt zu mehr Einkommensgerechtigkeit

Die Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes bringt endlich die von der SPÖ lange geforderte Einkommenstransparenz.

„Ab dem heurigen Jahr sind Unternehmen verpflichtet, die durchschnittlichen Einkommen von Frauen und Männern betriebsintern offenzulegen. Das ist ein erster großer Schritt in Richtung gerechte Bezahlung.“

**Frauenministerin
Gabriele Heinisch-Hosek**

HINTERGRUND

Was bringt die Gleichbehandlungsgesetz-Novelle?

Neben der Gehaltstransparenz wurden noch weitere wichtige Verbesserungen im Gleichbehandlungsgesetz beschlossen. Das Gesetz wird danach mit 1. März 2011 in Kraft treten.

- » In Einkommensberichten muss von den Betrieben angegeben werden, wie viele Frauen und Männer in einer kollektivvertraglichen Verwendungsgruppe eingestuft sind und wie hoch das arbeitszeitbereinigte Durchschnittseinkommen von Frauen und Männern in der jeweiligen Gruppe ist.
- » In Stelleninseraten müssen in Zukunft Kollektivvertrag und Möglichkeit der Überzahlung angegeben werden. Wird dagegen verstoßen, gibt es beim ersten Mal eine Verwarnung durch die Bezirksverwaltungsbehörde und bei weiteren Verstößen Geldstrafen bis zu 360 Euro.
- » Bei Belästigung und sexueller Belästigung wird der Mindestschadenersatz von derzeit 720 Euro auf 1.000 Euro angehoben.
- » Einführung eines Gebotes der diskriminierungsfreien Inserierung von Wohnraum: Damit werden zukünftig z.B. Formulierungen wie „Keine Ausländer“ verhindert.
- » Schutz bei Diskriminierung durch ein Naheverhältnis zu einer Person mit geschütztem Merkmal. Das bedeutet z.B. dass man auch vor Diskriminierung geschützt ist, wenn der/die Partner/in Migrant/in ist.



Fotolia

Frauen haben ein um bis zu 18 Prozent geringeres Einkommen – bei gleicher Qualifikation und gleicher Arbeitszeit. Das soll sich ändern.

Nach Bekanntgabe der Daten des jüngsten Einkommensberichts des Rechnungshofs vor knapp einem Monat meinte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Ich sehe für die Frauen Licht am Ende des Tunnels, der Tunnel ist aber sehr lang.“ Die Gleichbehandlungsgesetz-Novelle, die nun vom Parlament beschlossen wurde, wird einiges dazu beitragen, die Kluft zwischen Frauen- und Männereinkommen zu schließen. Immerhin verdienen Frauen für die gleiche Arbeit noch immer um bis zu 18 Prozent weniger als Männer, nur weil sie Frauen sind. Künftig sind Unternehmen dazu verpflichtet, die durchschnittlichen Einkommen von Frauen und Männern betriebsintern offenzulegen. Frauen können dadurch bei Diskriminierung leichter Klage einbringen.

Heuer wird das Gesetz für Unternehmen mit mehr als 1.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gelten, schrittweise bis 2014 dann auch für kleinere Unternehmen (mit mehr als 150 Arbeitnehmern). Insgesamt sind damit 1,2 Millionen Beschäftigte von der Regelung erfasst. „Alles in allem ist dieses Gesetz ein erster großer Schritt für mehr Einkommensgerechtigkeit und gegen undurchsichtige Gehaltsmauscheleien auf Kosten der Frauen“, betont die Frauenmi-

nisterin. „Wir stoßen für Frauen eine Tür auf und sie haben endlich ein starkes Beweismittel in der Hand, um gegen ungerechte Bezahlung vorgehen zu können“, sagt Sozial- und Arbeitsminister Rudolf Hundsotter. „Der Weg zu mehr Gerechtigkeit und mehr Transparenz bei den Gehältern wird geebnet“, so SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm.

Die Gleichbehandlungsgesetz-Novelle bringt auch Änderungen bei Stelleninseraten, Schadenersatz bei Belästigung und beim Diskriminierungsschutz (siehe Kasten).

Ein Wermutstropfen ist, dass der Koalitionspartner bei der Ausweitung auf Diskriminierungen außerhalb des Arbeitsplatzes nicht nachgegeben hat. Es wäre klar gestellt worden, dass Diskriminierungen auf Grund der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Orientierung und des Alters beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen Sanktionen nach sich ziehen. „Jetzt wird es noch einige Zeit dauern, bis wir hier weiterarbeiten können. Aber wir werden nicht locker lassen, um schließlich eine Situation zu haben, in der wir Diskriminierung, egal aus welchem Grund, gesetzlich bekämpfen können“, sagt Heinisch-Hosek. ♦

NEUJAHRSEMPFANG

Faymann wirbt für Reformjahr 2011

Bildungs-, Pflege- sowie Heeres- und Verwaltungsreform standen im Fokus der Rede von Bundeskanzler Werner Faymann beim Neujahrsempfang der Bundesregierung.



HBF/Wenzel

Reformen und die Zukunft des Landes. In den nächsten zehn Jahren soll Österreich hinsichtlich Bildung und Beschäftigung zu den besten Ländern Europas gehören. Zur Bildung sagte der Kanzler: „Wir dürfen keine Zeit verlieren und müssen die Bildungsreform mit ganzer Kraft vorantreiben. Österreich muss in Zukunft zu den Ländern mit der besten Bildung zählen.“ Noch heuer sollen dafür die Weichen gestellt werden. Ebenfalls heuer, im

ersten Halbjahr, möchte der Kanzler das Bundesheer an die Erfordernisse der Zeit anpassen. Die allgemeine Wehrpflicht und die derzeitige Situation des Heeres seien

„Wir dürfen keine Zeit verlieren und müssen die Bildungsreform mit ganzer Kraft vorantreiben.“

Bundeskanzler Werner Faymann

nicht mehr zeitgemäß und den Herausforderungen der Zukunft auch nicht gewachsen. „Wenn es keine parlamentarische Einigung gibt, wird eine Volksbefragung notwendig sein“, so Faymann. Die Finanzierbarkeit der Pflege soll mithilfe eines Pflegefonds sichergestellt werden, der noch im ersten Halbjahr 2011 umgesetzt werden soll. Weiters warb Faymann für ein Vorantreiben der Verwaltungsreform und ein Zurückdrängen der Bürokratie. Einen entschlossenen Kampf gegen Spekulation und für mehr Regulierung der Finanzmärkte forderte Faymann in Europa ein. „Im eigenen Land müssen wir in diesem Bereich vorbildlich und in Europa beispielgebend sein“, so der Kanzler. ♦

Bundeskanzler Werner Faymann mit Gattin Martina Ludwig-Faymann im Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer.

Rund 1.500 Gäste folgten der Einladung zum Neujahrsempfang in die Hofburg. Dort hielt Bundeskanzler Werner Faymann ein Plädoyer für wichtige

UNIVERSITÄTSGESETZ

Bessere Planbarkeit für Unis und Studenten

Eine verbesserte Studienwahlberatung, fristgerechte Voranmeldungen und eine neu gestaltete, verbindliche Studieneingangsphase sollen Universitäten und Studierenden ein effektiveres Studium ermöglichen.

Für die Sozialdemokratie entscheidend war, dass der freie Zugang zu den Universitäten gewährleistet ist und es keine Knock-out-Prüfungen zu Beginn gibt“, betonte Bildungsministerin Claudia Schmied bei der Präsentation der UG-Novelle. Im ursprünglichen Entwurf von Wissenschaftsministerin Karl waren noch die zahlenmäßige Begrenzung von Studienplätzen sowie Auswahlprüfungen in der Studieneingangsphase vorgesehen.

Das hat die SPÖ in den Verhandlungen erfolgreich verhindert. Die Tatsache, dass es zu keinen quantitativen Zugangsbeschränkungen oder Knock-out-Prüfungen kommt, wertet SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl als einen „entscheidenden Erfolg für die Studierenden“.

Fundierte Studienwahlberatung

Einen Schwerpunkt der Novelle bildet die neue Studienorientierungsphase. Hier sollen verbindliche Kriterien eine klare Planbarkeit ermöglichen, so u.a. durch Nachweis einer Voranmeldung vor der Zulassung zum Studium, durch Reduktion der Prüfungswiederholungen (von bisher drei auf eine) und durch eine fixe Dauer von einem Semester. „Letztlich geht es darum, dass die Studierenden an den österreichischen Universitäten gute Studienbedingungen vorfinden“, unterstrich die Bildungsministerin. Daneben bildet künftig eine verpflichtende Studienwahlberatung die Voraussetzung für die Zulassung zu einem Studium. „Die Studienwahlberatung muss in Zukunft besser

gelingen und ist ein Eckpunkt im Gesetz“, betonte Schmied. In einer gemeinsamen Verordnung von Bildungs- und Wissenschaftsministerium sollen die Kriterien für eine fundierte Studienwahlberatung festgeschrieben werden. ♦



Lehmann

Die UG-Novelle soll die Situation für Unis und Studierende verbessern.

EUROPA I

Faymann vertraut auf Reformkraft Portugals

Im Zuge seines Besuches in Portugal hat Bundeskanzler Werner Faymann die Wichtigkeit des Euro-Rettungsschirms betont. „Die Stabilität des Euro ist eine der Hauptaufgaben in diesem Jahr“, so Faymann.



Im Zuge einer gemeinsamen Pressekonferenz nahmen Bundeskanzler Werner Faymann und der portugiesische Premierminister Jose' Socrates Stellung zu aktuellen Fragen der Euro-Stabilität.

sozialdemokratische portugiesische Premierminister José Sócrates Fragen zur europäischen Stabilität und der Zukunft des Euros. Zuletzt war Portugal aufgrund einer Abstufung des Bonitätsratings in die internationalen Schlagzeilen geraten. Die Finanzkrise dort hatte sich verstärkt. Der Entschlossenheit des portugiesischen Premiers, die Staatsfinanzen und die Wirtschaft Portugals

Länder aus dem Euro austreten könnten oder dass es zu verschiedenen Geschwindigkeiten in der Euro-Zone kommen könnte, eine entschiedene Absage: „Wir sind eine Familie in Europa. Wenn es Probleme gibt, muss die Familie zusammenstehen.“ Faymann hält nichts von Versuchen, „die Familie auseinanderzuidividieren.“ In schwierigen Zeiten müsse man gemeinsam eine Lösung finden.

Erste Erfolge von Sócrates' Reformkurs sind zu verzeichnen: Das Defizit sank 2010 und eine Staatsanleihe, die Portugal herausgegeben hatte, wurde von den Märkten rasch und zu besseren Konditionen als erwartet angenommen. Faymann plädierte weiters dafür, dass die Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise solidarisch verteilt werden müssen. Deshalb tritt er auf europäischer Ebene für eine Bankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer ein. ♦

Im Zuge einer gemeinsamen Pressekonferenz beantworteten Bundeskanzler Werner Faymann und der

zu sanieren, bringt Faymann aber „volles Vertrauen“ entgegen. Weiters erteilte der Bundeskanzler Ideen, dass einzelne

EUROPA II

Sozialdemokratie mobilisiert gegen ungarisches Mediengesetz

Die Europäischen Sozialdemokraten haben die ungarische Regierung in einem Brief aufgefordert, das undemokratische Mediengesetz zurückzuziehen. Europaabgeordnete verschiedener Fraktionen verlangten weiters eine rasche Überprüfung des Gesetzes durch die EU-Kommission.

Martin Schulz, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, forderte den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban in einem Brief auf, das umstrittene Mediengesetz zurückzunehmen. Vizefraktionschef Hannes Swoboda stellte dazu klar: „Es handelt sich bei der Kritik der Sozialdemokraten keineswegs um eine parteipolitische Aktion.“ Orban bekommt damit die große Chance den schlechten Start seiner Präsidentschaft zu

korrigieren. „Aspekte eines autoritären Regimes“, ortet auch der Schweizer Kommunikationswissenschaftler Roger Blum. Vor allem die Besetzung der ungarischen Medienbehörde – ihr gehören ausschließlich Mitglieder der Regierungspartei an – sorgt für Aufregung. Weiters widerspricht die Pflicht zur ausgewogenen Berichterstattung dem Prinzip der Meinungsfreiheit. Die Ausgewogenheit ist nicht näher definiert. Sie wird lediglich vom Orban-Medienrat bestimmt. ♦



SPÖ-Europaparlamentarier Hannes Swoboda engagiert sich gegen das undemokratische ungarische Mediengesetz.

VERFASSUNG

Kinderrechte abgesichert

Eine langjährige SPÖ-Forderung ist nun endlich Realität: Die Rechte von Kindern wurden in der Bundesverfassung festgeschrieben.

Wir haben lange dafür gekämpft, nun haben wir dieses wichtige Ziel endlich erreicht“, freute sich SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger, nachdem der entsprechende Antrag mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Verfassungsausschuss beschlossen wurde. „Durch ein Festschreiben der Kinderrechte in der Verfassung werden diese Rechte nun einklagbar“, erläuterte die Nationalratsabgeordnete.

Wichtiges gesellschafts-politisches Signal

SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann, der ebenfalls an den Verhandlungen teilgenommen hatte, sieht in diesem Schritt



Fotolia

In der Bundesverfassung ist nun unter anderem das Recht von Kindern auf regelmäßigen persönlichen Kontakt zu beiden Elternteilen verankert.

„ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal und ein Zeichen, wie wichtig der Schutz von Kindern für Österreichs Gesellschaft ist“. Denn: Kinder haben nun ein verfas-

sungsmäßig abgesichertes Recht auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung, so Wittmann. Konkret wurde unter anderem der Anspruch von Kindern auf Schutz und Fürsorge sowie die Berücksichtigung der Meinung der Kinder in allen das Kindeswohl betreffenden Angelegenheiten beschlossen. Körperliche Gewalt gegen Kinder sowie Kinderarbeit sind verboten. Jedes Kind hat das Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung und auf direkten und regelmäßigen persönlichen Kontakt zu beiden Elternteilen. Für die SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin, die sich jahrelang mit viel Engagement dafür eingesetzt hatte, sind diese Festschreibungen „Meilensteine in der Umsetzung der Kinderrechte“. ♦

ARBEITSMARKT

„career moves“ setzt neue Impulse

Um Menschen mit Behinderung bestmöglich ins Arbeitsleben zu integrieren, braucht es moderne Angebote der Arbeitsvermittlung.

Künftig wird es moderner Angebote der Arbeitsvermittlung von Menschen mit Behinderung bedürfen.“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Mit der vom Bundessozialamt geförderten Internet Jobbörse „career moves“ wird solch ein neuer Weg beschritten. Firmen können Stellen anbieten, die auch für Arbeitskräfte mit Mobilitätseinschränkungen oder vermindertem Seh- bzw. Hörvermögen geeignet sind. Gleichzeitig soll die Plattform aber auch eine Servicestelle für alle Anfragen von Unternehmen sein. Auch Ulrike Königsberger-Ludwig, SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung, begrüßt die Jobbörse: „Die Plattform ‚career moves‘ weist alle guten Anlagen auf, um zu einer wichtigen Drehscheibe für Menschen mit Behinderungen in der Arbeitswelt zu werden.“ ♦



Bilderbox

„career moves“ verbessert die Vermittlungschancen am Arbeitsmarkt.

NEUE LEHRERAUSBILDUNG

Vorbereitungsgruppe nimmt Arbeit auf

Die Vorbereitungsgruppe „PädagogInnenbildung NEU“ wird in den kommenden Monaten die Basis für eine gesetzliche Verankerung der neuen Lehrerausbildung erarbeiten.

Motivierte und leistungsorientierte Pädagoginnen und Pädagogen sind der Schlüssel zum Bildungserfolg unserer Jugend“, betont Unterrichtsministerin Claudia Schmied. Der Beruf des Pädagogen soll daher attraktiver und gesellschaftlich anerkannter werden. Alle Pädagogen sollen künftig eine hochwertige Ausbildung auf Universitätsniveau erhalten, mit bundeseinheitlichen Standards für die Aus- und Weiterbildung. „Nach zwei Jahren intensiver Entwicklung und Diskussion erfolgt nun der erste Schritt der Umsetzung“, so Schmied zum Treffen der Vorbe-



Fotolia

reitungsgruppe, die unter dem Vorsitz von Bildungsexperte Andreas Schnider die Aufgabe hat, in den nächsten Monaten konkrete Umsetzungsvorschläge für die neue Lehrerausbildung auszuarbeiten. ♦

Die neue Lehrerausbildung soll noch in dieser Legislaturperiode starten.

Kreisky profiliert sich als Außenpolitiker



Bruno Kreiskys politische Karriere begann in der Außenpolitik. „SPÖ Aktuell“ skizziert seinen Weg vom Exil zum Diplomatischen Dienst und schließlich zum Amt des Außenministers.

„Es gibt wenige Staatsmänner, die ich besser verstanden oder gemocht und so sehr respektiert habe wie Bruno Kreisky.“

Henry Kissinger

Eine der häufig anzutreffenden Unausgewogenheiten in der Geschichte liegt darin, dass die Fähigkeiten führender Politiker oft nicht der Macht ihrer Länder entsprechen“, meinte der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger in Erinnerung an Bruno Kreisky. Die Bedeutung, die Österreich durch das außenpolitische Engagement Kreiskys auf der Bühne der Weltpolitik erlangt hatte, konnte weder davor noch danach erreicht werden.

Illegalität, Exil und Schwedenhilfe

Der Sozialdemokrat aus wohlhabender jüdischer Familie war schon in jungen Jahren politisch aktiv. Seinen Kampf gegen den austrofaschistischen Ständestaat musste er mit zwölf Monaten schwerem Kerker bezahlen. 1938 wurde er erneut inhaftiert, diesmal von der Gestapo, und nach einigen Monaten und stattgegebenem Ausreiseansuchen freigelassen. Die Emigration war nun unumgänglich. Kreisky ging nach Schweden. Der Sozialistenführer Torsten Nilsson hatte ihn eingeladen. Auch sprach für das skandinavische Land, dass ein Cousin mütterlicherseits hier lebte.

Viele Kontakte, die Kreisky in der Emigration in Schweden knüpft, werden ihm während seiner weiteren politischen Laufbahn nützlich sein. Mit Willy Brandt beginnt eine lebenslange Freundschaft und Kreisky pflegte intensiven Umgang mit Vertretern seines Gastlandes, aber auch mit internationalen Diplomaten. Er lernte seine zukünftige Frau Vera Fürth kennen und wur-

de Obmann des Klubs Österreichischer Sozialisten in Schweden.

Unmittelbar nach dem Krieg erhielt Kreisky vom schwedischen Innen- und Sozialministerium den Auftrag, als Verbindungsmann für die schwedische Österreichhilfe aktiv zu werden – eine Mission, die Kreisky sehr erfolgreich erledigte. 1946 wurde er offizieller Vertreter Österreichs in



Der russische Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow wird von Außenminister Leopold Figl und Staatssekretär Bruno Kreisky in Wien begrüßt. Zweck des Besuchs: Die Unterzeichnung des Staatsvertrags.

Stockholm, baute die diplomatische Vertretung auf und erhielt den klingenden Titel „Legationssekretär Erster Klasse“. Nachdrücklich ersuchte Kreisky darum, nicht im diplomatischen Dienst bleiben zu müssen – man wollte ihn nach London schicken –, sondern in Österreich eingesetzt zu werden.

Der Staatsvertrag

Ende 1950 wurde er nach Wien zurückberufen – in eine Position, die einen beruflichen Abstieg bedeutete. Das sollte sich schnell ändern. Kreisky wurde politischer Mitarbeiter und Berater des Bundespräsidenten Theodor Körner. 1953 kam der entscheidende Karrieresprung: Bruno Kreisky übernimmt das Staatssekretariat im

Außenministerium. Außenpolitisch war diese Zeit geprägt durch die Bemühungen um die Souveränität Österreichs. Der Tod Stalins und die Nachfolge Chruschtschows führte zu einem Umdenken der Sowjetunion und öffnete für Österreich die Tür zum Staatsvertrag. Schon früh hatte Kreisky auf die Möglichkeit der Neutralität hingewiesen. Bei einem privaten Mittagessen, zu dem der Staatssekretär geladen hatte, erklärte der sowjetische Gesandte Kudrjawzew auf Anfrage Kreiskys, dass die immerwährende Neutralität nach Vorbild der Schweiz den Diskussionen des österreichischen Staatsvertrags zugrunde gelegt werden könne. Der weitere Weg zur Freiheit Österreichs ist legendär. Eine hochrangige Delegation mit Bundeskanzler Raab, Vizekanzler Schärff, Außenminister Figl und Staatssekretär Kreisky führte in Moskau die erfolgreichen Verhandlungen, bei denen von Seiten Österreichs die immerwährende Neutralität angekündigt wurde. Einen Monat später, am 15. Mai 1955, wurde der Staatsvertrag unterzeichnet und am 26. Oktober 1955 das Neutralitätsgesetz verabschiedet.

Kreisky wird Außenminister

1959 erhielt die Sozialdemokratie zwar die Stimmen-, aber nicht die Mandatsmehrheit. Raab bot dem sozialdemokratischen Staatssekretär zuerst den Posten des Finanzministers an, was SPÖ und Kreisky ablehnten. Die ÖVP gab schließlich nach, Figl schied aus dem Amt des Außenministers aus – und Bruno Kreisky wurde am 16. Juli 1959 angelobt.

IM NÄCHSTEN HEFT

Kreiskys Nachbarschaftspolitik, die EFTA und der Weg zur Südtirol-Autonomie.

Sammelband

Gespräche aus Distanz und Nähe

Interviews mit prominenten Gefährten und Zeitgenossen, bisher kaum bekannte Fotos und eine umfassende Biografie – Helene Maimann zeichnet ein neues Bild des Ausnahmepolitikers.

Bruno Kreisky war Modernisierer, Medienkanzler und Ausnahmepolitiker. Was aber ist seinen Zeitgenossen sonst noch über ihn in Erinnerung geblieben? Die Historikerin, Filmemacherin und Autorin Helene Maimann kommt in Gesprächen mit u.a. Oliver Rathkolb, Heinz Fischer, Helmut Schmidt, Henry Kissinger, Barbara Coudenhove-Kalergi, Arie Lova Eliav, Ferdinand Hennerbichler, Peter Jankowitsch, Antonia Rados, André Heller, Hannes Androsch,

Margit Schmidt, Johanna Dohnal und Peter Kreisky dem Phänomen Bruno Kreisky, dem Sonnenkönig, der auch 20 Jahre nach seinem Tod nichts an Strahlkraft verloren hat, auf die Spur.

Durch die konkrete und kenntnisreiche Fragestellung und die Antworten, die von Wertschätzung, Zuneigung aber auch respektvoller Kritik geprägt sind, gelingt es in jedem Interview Kreisky in einem neuen, oft überraschenden Licht zu zeigen. ♦

DVD

Kreisky – Politik und Leidenschaft

Der österreichische Jahrhundertpolitiker Bruno Kreisky wäre im Jänner 100 Jahre alt geworden. Der Film von Helene Maimann ist das Porträt eines Mannes, der die Politik leidenschaftlich liebte und für den Politik das Leben war.

Dass Kreisky, Sozialdemokrat aus einer bürgerlichen jüdischen Wiener Familie, in Österreich Außenminister und Bundeskanzler wurde und dreimal mit absoluter Mehrheit gewählt wurde, war außergewöhnlich und faszinierte in den Siebzigerjahren weit über Österreich hinaus. Er war Reformator, Mediengenie, ein großer Rhetoriker und Außenpolitiker. Bruno Kreisky gelang es, unser kleines Land zu einer

Brücke zwischen Ost und West zu machen und er engagierte sich als Vermittler für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts. Der Film zeigt Kreisky in fünf Schlüsselsituationen seines politischen Lebens, aber auch den Privatmann hinter dem Politiker. Dazu kommen einige prominente Zeitgenossen und Weggefährten zu Wort. Darunter u.a. Henry Kissinger, Helmut Schmidt, Heinz Fischer und Hannes Androsch. ♦

DVD

Die Ära Kreisky

Die fünfteilige Edition veranschaulicht mit vielen bisher unveröffentlichten Filmdokumenten und Interviews mit prominenten Zeitzeugen das Leben des legendären Staatsmannes und Visionärs.

Der Wahlsieg der SPÖ im Jahr 1970 war der Beginn einer sozialistischen Ära, die Österreich nachhaltig zum Positiven verändert hat. Möglich wurde dies durch den charismatischen Parteiboss und langjährigen Bundeskanzler Bruno Kreisky. Sein Name wird mit der Aufbruchsstimmung der Siebzigerjahre und dem Ausbau eines modernen Wohlfahrtsstaates in Verbindung gebracht. In der DVD-Edition geben prominente Zeitzeugen

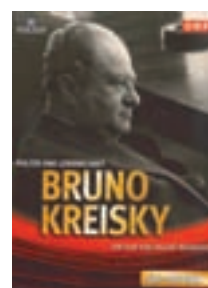
(u.a. Hannes Androsch, Gerd Bacher, Heinz Fischer, Hilde Hawlicek, Freda Meissner-Blau, Beatrix Neundlinger, Wolfgang Petrisch, Karl Pisa, Margit Schmidt, Josef Taus, Oliver Rathkolb) Einblick in persönliche Begegnungen mit dem Staatsmann, aber auch mit dem Privatmann Kreisky. Das Bonusmaterial beinhaltet Privataufnahmen und Wahlwerbefilme, das beigelegte Booklet bietet Hintergrundinformationen. ♦

☐ Stk.



Helene Maimann:
Über Kreisky – Gespräche aus Distanz und Nähe.
Falter Verlag, Wien 2011
280 S., 29,90 € (im Kombi-Paket mit der DVD: 39,90 €)

☐ Stk.



Helene Maimann:
Bruno Kreisky – Politik und Leidenschaft.
ORF-Edition, Wien 2011
Laufzeit 66 Min. + 55 Min.
Bonusmaterial, 17,99 €
(im Kombi-Paket mit dem Buch: 39,90 €)

☐ Stk.



K. Moser, P. Huemer (Hg.):
Die Ära Kreisky.
Verlag Filmarchiv Austria,
Wien 2011;
Laufzeit: 735 Minuten, 39,90 €

Unterschrift:

Name: Adresse:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



Know-how aus Österreich

AT&S, führender Hersteller von hochwertigen Leiterplatten, kann mit Innovation und Qualität made in Austria international punkten. Mit der Verlegung des Headquarters von Wien nach Leoben im Dezember ist nun auch die Neuausrichtung des Stammwerkes in Hinterberg erfolgreich vollzogen.

Nach der Verlagerung der Serienproduktion von Leoben-Hinterberg nach Shanghai wurden im vergangenen Jahr wichtige Weichen für die Zukunft des größten österreichischen Standortes in Hinterberg gestellt: die Übersiedlung des Headquarters nach Leoben, die verstärkte Ausrichtung als Technologiezentrum mit einer eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilung, die Kapazitätserhöhung durch einen neuen Produktmix sowie die Investition in neue Maschinen zeigen bereits erste nachhaltige Erfolge. Nicht zuletzt konnte auch die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht werden. „Leoben-Hinterberg ist derzeit voll ausgelastet“, erklärt Standortleiter Christian Fleck. „Während wir hier früher vor allem

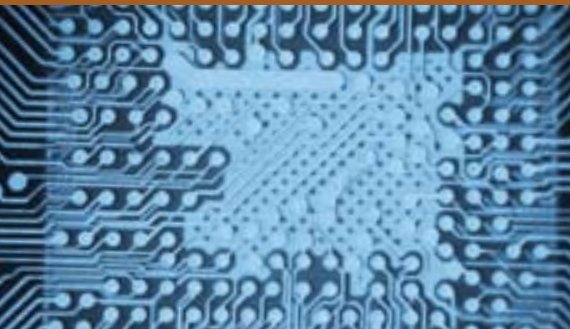
für unsere Telekomkunden produziert haben – das heißt vor allem hochwertige Leiterplatten für Mobiltelefone, haben wir uns nun verstärkt auf unsere Industriekunden fokussiert. Wir produzieren nun hochwertige Leiterplatten vom Hör- bis zum Fluggerät aus Leoben heraus. Neben der Umstellung haben wir aber auch an neuen innovativen Lösungen in der Leiterplattenindustrie getüftelt. So konnten wir als erster führender Leiterplattenhersteller der Welt die Serienreife unserer ECP® Technologie vorantreiben und die erste Linie in Leoben in Produktion nehmen. Ein toller Erfolg für das gesamte Team.“

Die hohe Innovationskraft verdankt der Standort Leoben-Hinterberg vor allem dem Team der Forschung und Entwicklung, das sich laufend mit neuen Technologien und Weiterentwicklungen auseinandersetzt. Ziel ist es, die technologische Vorreiterrolle der AT&S weiter auszubauen, die Innovationskraft weiter zu stärken. Denn die Leiterplatten der Zukunft müssen sich immer größeren Herausforderungen stellen: die Geräte werden noch kleiner, multifunktionaler, müssen extremen Bedingungen standhalten. Die Entwicklungsprojekte des Unternehmens beschäftigen sich daher aktuell mit vier Schwerpunkten: mit der Weiterentwicklung im Hochtechnologiesegment, der Entwicklung und Einführung neuer Produktionstechnologien zusammengefasst unter dem Titel „Made in Austria“, der Einbettung aktiver und passiver Bauelemente direkt in die Leiterplatte (ECP® Technologie) und der Photovoltaik zur Entwicklung neuer und effizienterer Verbindungstechnologien für Solarzellen.

Als innovatives und auf hohe Qualitätsstandards ausgerichtetes Unternehmen setzt AT&S auf hoch-qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und die wettbewerbsfähige Forschung eines global agierenden Unternehmens hängen wesentlich von den Ausbildungsmöglichkeiten und den entsprechenden Voraussetzungen dafür ab – denn in der Jugend liegt die Zukunft. Gerade aber auf Grund der Überalterung der Gesellschaft in Österreich und der gleichzeitig immer massiver werdenden Diskussion des Bildungssystems heißt es jetzt zu handeln. Dabei sind zur Nachwuchsförderung staatliche Voraussetzungen ebenso essentiell wie Förderprogramme innerhalb der Unternehmen. Mit einer entsprechenden Bildungsoffensive muss das Bildungssystem reformiert werden, um so die Ausgangsbasis für ein auch in Zukunft innovatives Österreich zu schaffen.



Stammwerk Hinterberg



ECP® Technologie



Mitarbeiter in Leoben



Photovoltaik

KOMMUNALES

Kräuter will Fairnesspaket für Ortschefs

„Derzeit darf ein ASVG-versicherter Bürgermeister nur bis zur Geringfügigkeitsgrenze dazuverdienen, in Wirklichkeit wird damit der Gleichheitsgrundsatz verletzt.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert ein Fairnesspaket zur besseren sozialen Absicherung von Österreichs Bürgermeistern.

„Wir fordern sozialrechtliche Mindeststandards für Gemeindeverantwortliche. Es geht auch um ein gesellschaftspolitisches Signal an den Bürgermeisternachwuchs in den Kommunen, der unter dem Druck der leeren Kassen eine ganz besondere Verantwortung zu übernehmen

haben wird“, so Kräuter. Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer informierte bei einer Pressekonferenz darüber, dass für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister keine Vorsorge für eine mögliche Arbeitslosigkeit bestünde. Die Einbeziehung in das so genannte Überbrückungshilfegesetz wäre „ein kaum merkbarer finanzieller Aufwand, aber ein wichtiges Gebot der Fairness“. Weiters fordert Kräuter die Gleichberechtigung ASVG-versicherter Bürgermeister mit vorzeitiger Alterspension mit beamteten Gemeindemandataren. Eine Ausnahme der Bürgermeister von den Ruhensbestimmungen würde die arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen der einschlägigen Bestimmungen nicht tangieren. Bernhard Müller, Bürgermeister in



Dass Bürgermeister keine Vorsorge für die Arbeitslosigkeit haben, ist für SPÖ-BGF Kräuter und Bgm. Müller ein inakzeptabler Umstand.

Wiener Neustadt und Vorsitzender des Kommunalpolitischen Referats der SPÖ, präsentierte einen umfangreichen Forderungskatalog als Konsequenz aus der prekären finanziellen Situation der österreichischen Kommunen. ♦

SALZBURG

Pendlerbeihilfe erhöht



Das Land Salzburg bietet seinen Pendlern eine rasche und unbürokratische Entlastung. Die Pendlerbeihilfe wurde aufgrund hoher Spritpreise erhöht.

Treibstoff wird von Jahr zu Jahr teurer. So ist der durchschnittliche Benzinpreis im Jahr 2010 um 14 Prozent im Vergleich zu 2009 angestiegen. „Die Bevölkerung muss immer tiefer in die Tasche greifen, um sich die tägliche Hin- und Rückfahrt zu ihrer Arbeitsstelle leisten zu können“, betont Sozialreferentin Landesrätin Erika Scharer. Sie reagierte bereits 2009 auf diese Entwicklung – mit der Einführung der Kfz-Pendlerbeihilfe für Pendler, die auf ihr Auto angewiesen sind. „Wir wollen Salzburgs Pendlerinnen und Pendler – vor allem jene, die über ein geringes Einkommen verfügen – weiterhin dabei unterstützen, um ihre Mehrfachbelastungen abzufedern“, so Scharer. Die Pendlerbeihilfe, die rückwirkend für das Jahr 2010 ausbezahlt wird, wurde nun um durchschnittlich 40 Euro erhöht. ♦



SPÖ Stbz.

LR Scharer über den Beihilfeantrag: „Die Bearbeitungszeit beträgt aufgrund von E-Government lediglich drei Tage.“ Infos zur Kfz-Pendlerbeihilfe gibt es unter www.salzburg.gv.at/pendlerbeihilfe.

ÖSTERREICH 2020

Soziale Netzwerke auf dem Prüfstand



Bei der neuesten „Österreich 2020“-Veranstaltung stehen soziale Netzwerke im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Die Initiative „Österreich 2020“ wartet bei der nächsten Diskussionsveranstaltung mit einem brandaktuellen Thema auf: In „Versuchungen zu sozialen Netzwerken – Teil I“ beleuchten der Sicherheitssprecher der SPÖ Otto Pendl, SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier und die SPÖ-Bereichssprecherin für Creative Industries Elisabeth Hakel sowie andere Experten verschiedene Aspekte sozialer Netzwerke und diskutieren u.a. über die damit verbundenen politischen Herausforderungen. Vor kurzem veranstaltete die SPÖ bereits eine Enquete zum Thema „Neue Netzpolitik“, bei der SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger die Möglichkeiten neuer Technologien für die Demokratisierung hervorhob: Es gelte, „ihr Potential zu nutzen, um immer mehr

Fotolia



Menschen dazu zu bewegen, sich an politischen Aushandlungsprozessen zu beteiligen“. ♦

Wann: Dienstag, 25. Jänner 2011
10:00 Uhr bis 13:00 Uhr
Ort: SPÖ-Klubsaal im Parlament

Was sagt uns Bruno

Eine persönliche Würdigung zum 100. Geburtstag des Jahrhundertpolitikers Bruno Kreisky von einem seiner damals engsten Mitarbeiter



Der Charismatiker Bruno Kreisky hat die Menschen fasziniert (hier in Innsbruck, bei seinem Wahlkampf 1983).

Die bemerkenswerte öffentliche Aufmerksamkeit und das enorme mediale Interesse rund um Bruno Kreiskys 100. Geburtstag legen die Frage nahe, was denn das Geheimnis der ungebrochenen Popularität des ersten sozialdemokratischen Regierungschefs in der Geschichte Österreichs ist? Hängt es damit zusammen, dass Kreisky den ewigen Juniorpartner SPÖ zur Staatspartei gemacht hat und seine Kanzlerschaft gleich über eine Zeitdauer von dreizehn Jahren erfolgreich ausgeübt hat?

Oder sind es die historischen Umwälzungen in unserem Lande, welche die 1970er Jahre kennzeichnen, die aus Österreich eine Insel der Seligen an der Demarkationslinie des Kalten Krieges geformt haben? Das stimmt gewiss, erklärt aber nicht hinreichend den Jahrhundert-Politiker Bruno Kreisky.

Es war auch mehr als die Tatsache, dass viele junge Menschen gar keinen anderen Bundeskanzler als eben ihn gekannt haben, wie er ihnen nahezu täglich vom Bildschirm herab die Welt und Österreich erklärt hat. Viermal hat er zwischen 1970 und 1983, unterstützt von einer geeinten Partei und ei-

nem machtvollen ÖGB mit Präsident Anton Benya an der Spitze, Nationalratswahlen gewonnen, hat mit steigender Zustimmung – auch aus parteifernen Schichten – vier Regierungen gebildet und, unterstützt von den legendären 1400 Experten, das Land einer umfassenden Modernisierung unterzogen.

Modernes Partei-Management

In diesen Jahren hat er aber auch die Partei, für die er als junger „Revolutionärer Sozialist“ in austrofaschistischen und nationalsozialistischen Gefängnissen gesessen war, gründlich umgestaltet, ihr ein modernes Management verpasst und sie für junge Menschen attraktiv gemacht. Niemals davor oder seither hat die SPÖ so viele Parteimitglieder gezählt. Das im Mai 1978 beschlossene Parteiprogramm sollte das ideenmäßige Rückgrat für die nächste Periode – „Bereit für die Achtzigerjahre“ lautete denn auch die Überschrift – der nun endgültig zur dominanten Partei Österreichs gewordenen SPÖ beschreiben. Ohne klare theoretische Markierungen gibt es keine erfolgreiche politische

Praxis – davon war Kreisky gleichermaßen als Partei- wie als Regierungschef überzeugt.

Gerade das aber hat Bruno Kreisky auch bewogen, ganz im Geiste seiner bürgerlich-liberalen Herkunft, politisch Andersdenkende – die neue technokratische Mittelschicht, Künstler und Intellektuelle, aber auch viele aktive Katholiken – einzuladen, gemeinsam ein Stück des Weges zu gehen.

Diese österreichische Koalition hat ihm erst das über viele Jahre ungebrochene politische Mandat abgesichert – in einem Land des tausendjährigen Konservatismus, um den von ihm geschätzten Gerhard Roth zu zitieren.

Kreisky, dieser charismatische Staatsmann, ein überzeugter Österreicher mit familiären Wurzeln in Böhmen und Mähren, dessen Weltoffenheit das Beste der multinationalen Habsburger Monarchie manifestiert, hat unsere Republik wie keiner vor ihm geprägt und verändert.

Heute, nahezu drei Jahrzehnte nach der nach ihm benannten Ära, kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass Bruno Kreiskys Regierungszeit Österreich zu einem selbstbewussten und international respektierten Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft gemacht hat. Das „typisch Österreichische“, jenes schwierig zu definierende und oftmals widersprüchliche Bündel an Tradition, Sprache, Kultur und sozialem Zusammenhalt, erlebte mit Bruno Kreisky seinen Höhepunkt. Der unaufgeregte Patriotismus mit dem offenen Blick fürs Andere war Kreiskys Vision für die in der Vergangenheit so oft missdeutete österreichische Nation.

Reformpolitik hat Österreich geöffnet

Bruno Kreiskys Reformpolitik, die ihresgleichen sucht, hat das Land geöffnet, zugleich soziale Gerechtigkeit resolut gefördert und mehr solidarische Chancengleichheit, insbesondere für die Frauen und die junge Generation, gebracht. „Der Alte“ wie er in späteren Jahren liebevoll genannt wurde, war mit seinen ausgeprägten Eigenschaften ein ganz

Kreisky heute?

Von Wolfgang Petritsch



Archiv Zukunft

„Der unaufgeregte Patriotismus mit dem offenen Blick fürs Andere war Kreiskys Vision für die in der Vergangenheit so oft missdeutete österreichische Nation.“

Der Mensch wurde ins Zentrum der Politik gerückt

Die Menschen in Arbeit halten – Vollbeschäftigung wenn nötig auch auf Kosten von Budgetdefiziten – war denn auch Bruno Kreiskys lebenslanges Bemühen geblieben. Dass wir heute in Österreich eine relativ niedrige Arbeitslosenrate haben, ist auf ihn zurückzuführen, der den Menschen ins Zentrum jedweder Politik gerückt hatte; das aber war über die Jahre zum österreichischen Konsens geworden.

So war denn auch sein letztes großes Projekt seiner Lebensaufgabe „Arbeit“ gewidmet: Inmitten der profitgierigen neoliberalen Ära, der zuweilen auch die Sozialdemokratie Tribut zollte, hat der gesundheitlich geschwächte Altkanzler den Vorsitz in der internationalen Kommission für Beschäftigungsfragen übernommen. So zieht sich wie ein roter Faden der politische Kampf um Arbeit für alle durch Bruno Kreiskys Leben.

Es ist wohl diese überzeugende Hingabe an sozialdemokratische Prinzipien, der unermüdete Einsatz für ein würdevolles Leben in materieller Sicherheit, das die großartige Persönlichkeit Bruno Kreiskys auch Jahrzehnte nach seinem Tod so gegenwärtig macht. ♦

Solidarität mit den Schwachen und Unterdrückten hieß für Kreisky auch Solidarität mit der Dritten Welt (mit der indischen Staatspräsidentin Indira Ghandi 1971 in Wien).

und gar dem Gemeinwohl verpflichteter Politiker.

Solidarität mit den Schwachen und Unterdrückten macht seiner Überzeugung nach nicht an Staatsgrenzen halt. Daher sein Engagement für einen „Marshallplan“ für die Dritte Welt, daher auch seine Passion für die Lösung des Nahostkonfliktes oder sein Einsatz für politisch Verfolgte in aller Welt. Lange vor EU und Globalisierung hat Bruno Kreisky europäische und internationale Politik betrieben. Gemeinsam mit Willy Brandt und Olof Palme bildete er lange Jahre das erfolgreiche Dreigestirn der europäischen Sozialdemokratie.

Mit seiner unerschöpflichen Empathie und rastlosen Leidenschaft, die sich stets mit dem menschlichen Augenmaß zu verbinden wusste, hat er aber auch bei den Menschen Erwartungen, gelegentlich auch unrealistische Ansprüche geweckt und damit seinen Nachfolgern die Latte sehr hoch gelegt. Dass Bruno Kreisky heute im Gedächtnis der Österreicherinnen und Österreicher immer noch so gegenwärtig ist, hat wohl mit seinem außerordentlich hohen Anspruch an sich selbst zu tun – und damit an alle, die sich der res publica widmen. Den sozialistischen Idealen von Bildung und Aufklärung verpflichtet, hat Kreisky stets großen Wert auf umfassende, lebenslange Fortbildung gelegt. Sprache, das Wort war ihm ebenso wichtig wie die Schrift, das Buch. Für ihn war

Sozialdemokratie gleichbedeutend mit Volksbildung, der Befreiung aus der Abhängigkeit des Unwissens.

Kreisky hat niemanden kalt gelassen

Bruno Kreisky hat niemanden kalt gelassen. Seine Faszination ist geradewegs und direkt in die Gefühle der Menschen gedrungen. Sein sonores „Ich bin der Meinung“ schaffte Sicherheit und hat viele Menschen von der Richtigkeit seiner Politik überzeugt. Es war jene typische Führungsstärke, verbunden mit dem für jeden erfolgreichen Staatsmann unabdingbaren Quantum Fortune, die aus Bruno Kreisky den bewunderten Sonnenkönig gemacht hat – eine nicht gerade sozialistisch-republikanisch anmutende Bezeichnung, aber sie stammt ja auch von einem bürgerlichen Journalisten.

Führung, „Leadership“ sagt man heute gern, aber bedeutete für Kreisky Verantwortung vor dem Bürger und für den Bürger, zumal für die sozial Schwachen. Er war Sozialist aus Überzeugung – eine Überzeugung, die in den tragischen Erfahrungen der 1930er Jahre wurzelt, als der junge, selbst aus gutbürgerlichem Haus stammende Jusstudent und sozialistische Aktivist, das Elend der Massen mit eigenen Augen sehen konnte, verursacht durch eine zutiefst verfehlte, gegen das eigene Volk gerichtete Politik.



Wolfgang Petritsch war von 1977 bis 1983 Sekretär von Bundeskanzler Bruno Kreisky. Der Diplomat ist derzeit österreichischer Vertreter bei der OECD in Paris.

Petritsch hat eine umfassende Biografie des bedeutendsten österreichischen Politiklers der Zweiten Republik verfasst, die 2010 im Residenz Verlag erschienen ist. **„Bruno Kreisky – die Biografie“**; 420 S., 26,90 Euro.



Neue Netzpolitik

Regen Zustroms erfreute sich die „Österreich 2020“-Enquete zum Thema „Neue Netzpolitik“, zu der der SPÖ-Parlamentsklub geladen hatte. Kultursprecherin Sonja Ablinger erläuterte gemeinsam mit internationalen Experten Fragen über die Regelung von Urheberrechten oder den Zugang zu Breitbandinternettechnologie.



Film/Fernseh-Abkommen 2011 unterzeichnet

Im Beisein von Kulturministerin Claudia Schmied unterzeichneten ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz und der Direktor des Österreichischen Filminstituts Roland Teichmann das neue Film/Fernseh-Abkommen, das die finanzielle Beteiligung des ORF an heimischen Kinofilmen regelt. „Von diesem klaren Bekenntnis zur langfristigen, strategischen Zusammenarbeit profitiert die gesamte heimische Kinofilmbranche“, so Schmied.

Jugendbuchpreise der Stadt Wien überreicht

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny hat die mit 8.000 Euro dotierten Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien für das Jahr 2010 übergeben. Unter den prämierten: Gerda Anger-Schmidt und Renate Habinger für „Das Buch, gegen das kein Kraut gewachsen ist“, Heinz Janisch und Linda Wolfsgruber für „Wie war das am Anfang“ sowie Michael Stavaric und Dorothee Schwab für „Die kleine Sensenfrau“.

